

(A) (Minister Kniola)

Meine Damen und Herren, wir müssen auch sehen, daß es eine ganz bittere Entscheidung des Bundes für das Land Nordrhein-Westfalen wie für alle anderen Altbundesländer gibt, nämlich die Kürzung der Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes in 1993 um 1 Milliarde DM. Das bedeutet, daß all das, was wir uns gemeinsam an Ausbauplanungen und Fahrzeugförderungen vorgenommen haben, von heute auf morgen Makulatur wird. Wir können dann nicht mehr über "Vorrang für den ÖPNV" reden. Deswegen kann ich hier nur klar und deutlich sagen: Wir werden diese Umschichtung zum Anlaß nehmen, den Vermittlungsausschuß anzurufen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, daß Ihnen diese wenigen Beispiele deutlich gemacht haben, wie groß die Unterschiede zwischen dem sind, was man hier auf Landesebene, wo man in der Opposition ist, einfordert, und was man dort, wo man die Regierungsverantwortung hat, tatsächlich durchsetzen kann. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 15 liegen mir nicht vor. Ich schließe die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich rufe zunächst den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/4770, Anlage 1, Kapitel 15 470 "Förderung des Schienenverkehrs außerhalb von Ballungsräumen"** auf. Wer diesem **Änderungsantrag** zustimmen möchte, den bitte ich um das **Handzeichen**. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist mit großer Mehrheit an - - **abgelehnt**.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Angenommen!)

Abgelehnt, Herr Dr. Vesper. Die Anlage 2 hatten Sie zurückgezogen?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ja!)

Dann können wir jetzt über den **Einzelplan 15** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4715** abstimmen. Wer der **Beschlußempfehlung** folgen möchte, den bitte ich um das **Handzeichen**. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß die **Beschlußempfehlung angenommen** ist und damit der **Einzelplan 15** in **zweiter Lesung verabschiedet** ist.

Ich rufe nun die Nummer 6 auf.

Einzelplan 11: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4711, eröffne die Beratung** und erteile der Frau **Abgeordneten van Dinther** für die **CDU-Fraktion** das Wort.

Abgeordnete van Dinther (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, (D)

(Allgemeine Zustimmung)

denn in der **Frauenpolitik** der Landesregierung bleibt alles beim alten. Weiterhin liegt uns nur dieses schmale, kleine Heftchen vor, das uns auch in den letzten zwei Jahren schon vorlag. Und auch inhaltlich kann man keine neuen Akzente erkennen.

Schade, denn es hat sich in der vergangenen Zeit einiges getan. Gelegenheiten, der **Frauenpolitik** möglicherweise mehr Gewicht zu verschaffen, gab es mehrfach.

Auf dem wichtigen **Chefsessel** des Ministeriums für **Arbeit, Gesundheit und Soziales** sitzt seit heute wieder ein **Herr Minister** mit gleichen Kompetenzen wie

(A) (van Dinther [CDU])

sein Vorgänger. Im Frauenministerium darf man sich derweil mit einigen wenigen Fragestellungen aus diesem Riesenressort beschäftigen - aber auch nicht mehr. Entscheidungen werden weiterhin im MAGS getroffen.

Selbst bei der Förderung von Frauenberatungsstellen teilt man die Kompetenzen zwischen MAGS und Frauenministerium. Die Verwirrung, die diese Kompetenzvermischung erzeugt, war auch bei den Haushaltsplanberatungen zu bemerken. So hat die Mehrheitsfraktion im Ausschuß für Jugend und Familie einen Antrag gestellt, mit dem für weitere Beratungsstellen für mißhandelte Kinder 600 000 DM mehr bereitgestellt werden sollten - ein Thema, das ansonsten schwerpunktmäßig im Frauenausschuß behandelt wird. Im Frauenausschuß tauchte dieser SPD-Antrag überhaupt nicht mehr auf. Dafür wurde aber ein CDU-Antrag gleicher Intention im Frauenausschuß abgelehnt.

Da, wo in Ihrem Haushalt etwas Konkretes bewirkt wird, nämlich bei der Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen, wies der Haushalt nur die üblichen Personalkostensteigerungen aus. Der Frauenausschuß mußte dieses erst korrigieren und hat Mittel für ein weiteres Frauenhaus und die Förderung von zwei neuen Frauenberatungsstellen - auch unter dem Gesichtspunkt der Umsetzung des Schwangeren- und Familienhilfegesetzes - beschlossen.

(B)

Nicht gespart wird im Frauenministerium beim Etat für Öffentlichkeitsarbeit. Das Wenige, was passiert, soll mit noch mehr Tamtam verkauft werden, während Beschlüsse des Landtags scheinbar nicht so ernst genommen werden. So mußte für die Umsetzung der Beschlüsse zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben der Vorjahresbetrag erst wieder beantragt werden. Hier wurden kurzerhand 500 000 DM im Landshaushalt gekürzt.

Beim Lesen des Erläuterungsbandes könnte man auch zu der Einsicht gelangen, daß Sie, Frau Ridder-Melchers, Ministerin für Forschungsvorhaben und Modellprojekte sind. Wenn dabei wirklich Ergebnisse herauskommen würden und Sie dann auch die Kompetenz hätten, diese in die Praxis umzusetzen, wäre das ja gut. Ich habe aber eher das Gefühl, daß die anderen Ressorts Ihnen diese Zuständigkeit als Häpp-

(C)

chen geben, damit Sie auch ein wenig zu tun haben, daß aber mehr dabei nicht herauskommt.

Damit möchte ich einen Punkt ansprechen, der auch zu diesen Haushaltsplanberatungen gehört, nämlich den Bericht des Landesrechnungshofes. Dieser Landesrechnungshofbericht hat eindeutig mit Kosten und Haushalt zu tun, und deshalb muß er hier wenigstens kurz angesprochen werden.

Die CDU hat gerade auch bei den Haushaltsplanberatungen der letzten Jahre die Personalaufblähung im Frauenressort von 18 auf 54 Stellen kritisiert, da sich faktisch in der Aufgabenstellung des Ministeriums nichts verändert hatte. Nun haben wir es schriftlich: Die Stellen sind scheinbar auf Vorrat angefordert worden, und dies so offensichtlich, daß bis heute nicht einmal Stellenbeschreibungen für die neuen Stellen vorliegen. Ich sagte es bereits in der Debatte im letzten Monat - bisher habe ich dagegen noch keine klarstellenden Argumente gehört -: Wer bei Anwesenheit des Landesrechnungshofes munter weiterwirtschaftet - ohne Rücksicht auf Kosten, ohne Hinzuziehung des Ausschusses für Organisationsfragen -, der fügt der Frauenpolitik schweren Schaden zu.

(Zustimmung bei der CDU)

(D)

Einen schrittweisen Ausbau des Ministeriums mit allmählicher Aufgaben- und Kompetenzsteigerung, das hätte die vollste Unterstützung meiner Fraktion gefunden.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will aus Zeitgründen gar nicht auf die weiteren Details eingehen; das haben wir im letzten Monat ausführlich diskutiert und werden es sicher im Ausschuß noch weiter tun.

Die CDU-Fraktion hat im Zuge der Haushaltsplanberatungen Anträge im Ausschuß gestellt, die Stellen mit kw-Vermerken zu versehen, wie der Landesrechnungshof es in seinem Bericht vorgesehen hatte. Natürlich sind unsere Vorschläge abgelehnt worden. Wir hatten auch nichts anderes erwartet.

(A) (van Dinther [CDU])

Ich möchte zum Schluß meiner Rede noch kurz auf die "Regionalstellen Frauen und Beruf" eingehen. Im Haushalt finden wir Mehraufwendungen für vorhandene Regionalstellen von über 1 Million DM.

1993 werden die fünfjährige Anschubfinanzierung und auch EG-Programme auslaufen. Nun frage ich mich, wie das Land in Zukunft "Regionalstellen Frau und Beruf" fördern will? - Ich weiß, daß im Rahmen von Regionalkonferenzen vor Ort sehr häufig überlegt wird, neue Regionalstellen zu schaffen. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Landesregierung sehr bald eine Auskunft darüber gibt, ob sie über die fünf Jahre der Anschubfinanzierung hinaus Regionalstellen fördern will oder die Kommunen nach diesen fünf Jahren auf den Kosten sitzenläßt. Denn es ist zur Klarheit unbedingt notwendig, das vorher mitzuteilen.

Präsidentin Friebe: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Stüber?

(Abgeordnete van Dinther [CDU]: Ja, bitte!)

- Bitte schön!

(B) **Abgeordneter Stüber (SPD):** Frau Kollegin, ist Ihnen entgangen oder haben Sie im Haushalt vielleicht übersehen, daß der Wirtschaftsminister über diese fünf Jahre hinaus eine degressive Auslauffinanzierung vorgesehen hat und daß darüber hinaus zur Zeit eine Untersuchung aller Regionalstellen läuft und wir, wenn sie Mitte des Jahres vorliegen wird, darüber beraten wollen, wie es weitergeht?

Abgeordnete van Dinther (CDU): Das ist mir nicht entgangen. Ich sagte ja gerade, daß ich sehr wohl erkannt habe, daß die Landesregierung 1 Million DM zusätzlich für die nächsten drei Jahre an degressiver Weiterförderung plant. Nur: Wenn in den Regionalkonferenzen so viele neue "Regionalstellen Frau und Beruf" geplant werden, wie ich es vor Ort in den Diskussionen mitbekomme, dann meine ich schon, daß vor allem die Kommunen dringend eine Aussage darüber brauchen, ob das Land in Zukunft acht Jahre oder wie bisher nur fünf Jahre fördern will. Diese Antwort steht aus wie auch die Antwort darauf, wie

(C)

effektiv diese Regionalstellen vor Ort arbeiten. Wir haben dies im Ausschuß mehrfach angesprochen und beschlossen, uns dieser Tage einmal aufzumachen und einige Regionalstellen zu besuchen.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Jetzt schon? Meine Güte!)

Eine detaillierte Auskunft über die Arbeit der Regionalstellen von der Landesregierung liegt bisher jedenfalls nicht vor.

Das wollte ich zum Schluß noch anmerken, denn ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt in der Frauenpolitik. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Garbe [SPD]: Das ist Ihnen aber früh eingefallen, daß Sie da mal gucken gehen!)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion der SPD erteile ich der Frau Abgeordneten Speth das Wort.

Abgeordnete Speth (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte mich daran beteiligen, zum Schluß der Veranstaltung hier zu kommen, weil ich glaube, daß wir frauenpolitisch heute abend nicht mehr allzuviel bewegen werden. Gleichwohl ein paar Bemerkungen zu dem, was Frau van Dinther gesagt hat.

(D)

Frau van Dinther, es ist nicht richtig, daß im letzten Jahr keine neuen Akzente in der Frauenpolitik gesetzt worden sind. Ich will Ihnen einige nennen, die neu sind und die mit Sicherheit fortgeführt werden müssen, übrigens nicht nur im Frauenministerium, sondern auch in den entsprechenden Fachministerien.

Erstens: Frauen im ländlichen Bereich, in der Landwirtschaft. Hier haben wir als Parlament einen Beschluß herbeigeführt. Die Frauenministerin hat - das sieht man in ihrem Haushalt sehr deutlich - genau für diesen Bereich Mittel eingestellt.

Zweitens: Frauen und Wohnen. Hier sind wir schon weiter. Hier hat das Wohnungsbauministerium ja

(A) (Speth [SPD])

einen Arbeitskreis gegründet und eine Menge Ideen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern beispielsweise beim IBA-Projekt umgesetzt.

Drittens: Frauen und ÖPNV. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Bereich, der uns im nächsten Jahr weiter beschäftigen muß.

Auch insofern ist es also falsch zu sagen, daß alle Modelle und Forschungsvorhaben, die das Frauenministerium macht, im Grunde genommen nichts nützen. Sie sind gerade deshalb wichtig, um sich neue Bereiche zu erschließen und sich nicht am grünen Tisch etwas auszudenken, sondern vernünftige Grundlagen für eine künftige Politik zu schaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Insofern ist auch die Öffentlichkeitsarbeit, Frau van Dinther, kein "Tamtam". Sie gehört unabdingbar zur Arbeit eines jeden Ministeriums, insbesondere aber des Frauenministeriums, weil das gleichzeitig ein Beitrag dazu ist, das Bewußtsein in dieser Gesellschaft, die ja immer noch nicht überall und gleichermaßen für Frauen ist, zu schärfen und zu verändern.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

(B)

Wir haben uns gegen alle Angriffe gewehrt, gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, im Bereich der Modellvorhaben und der Forschung etwas aus dem Etat zu streichen. Ich behaupte: Es reicht noch lange nicht aus, aber der Ansatz ist schon in Ordnung.

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf den Landesrechnungshof, den auch Sie, Frau van Dinther, angesprochen haben. Ich habe in meiner damaligen Rede gesagt: Es handelt sich hier um einen Bericht von Nichtigkeiten. Dieser Bericht ist es eigentlich, der der Frauenpolitik schadet, nicht das Frauenministerium mit seiner Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollten einige Stellen kw stellen. Ich kenne diesen Antrag, habe ihn noch in guter Erinnerung und möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß eine ursprüngliche kw-Stelle bei den Haushaltsberatungen sogar entsperrt worden ist - das ist übrigens auch ein Argu-

(C)

ment gegen den Landesrechnungshof -, und zwar nicht, um sie einfach formal zu entsperren, sondern weil sie für die Arbeit des Frauenministeriums absolut notwendig ist.

Meine dritte Bemerkung zu den "Regionalstellen Frau und Beruf". Es ist richtig, daß zur Zeit eine Untersuchung über die Arbeit der Regionalstellen läuft. Das haben wir übrigens selbst gewollt; denn bei allen Vorhaben, die wir neu machen - "neu" ist für mich bei der Frauenpolitik immer noch ein Zeitraum, wenn eine Regionalstelle etwa fünf Jahre gearbeitet hat, weil es etwas völlig Neues ist -, können wir von vornherein nicht wissen, welcher Weg richtig ist. Deshalb ist auch richtig, daß die Arbeit solcher Stellen nach einer gewissen Zeit überprüft wird, und zwar sowohl strukturell als auch was ihre Inhalte und ihre Anbindung in den Kommunen anbelangt. Ich bin gespannt auf dieses Ergebnis.

Es war von vornherein klar - mein Kollege Stüber hat es eben gesagt -, daß es sich bei den "Regionalstellen Frau und Beruf" um eine Anschubfinanzierung für die Städte und Gemeinden handelt. Das wissen alle, auch die Beteiligten. Gleichwohl müssen wir, wenn der Bericht vorliegt, gemeinsam überlegen, wie wir künftig mit den Stellen "Frau und Beruf" umgehen. Denn eines ist ganz sicher, und da teile ich Ihre Auffassung, Frau van Dinther: Die Kommunen brauchen so etwas wie Planungssicherheit, damit sie genau wissen, wie es in den kommenden Jahren aussieht. Das kann nur auch in unserem Interesse sein. Ich hoffe, daß wir an dieser Stelle konstruktiv zusammenarbeiten.

(D)

Lassen Sie mich zum Haushaltsentwurf und zu den Beschlüssen meiner Fraktion nur noch sagen: Ich bin sehr froh, daß es der SPD-Fraktion - übrigens zum Teil mit Unterstützung des gesamten Frauenausschusses; das sollte man auch einmal sagen - gelungen ist, ein weiteres Frauenhaus in die Förderung hineinzunehmen - das halte ich für absolut notwendig - und zwei weitere Frauenberatungsstellen sowie die Mittel für den sexuellen Mißbrauch gegen Mädchen zu verstärken.

Das ist aber nicht alles. Wir gucken manchmal nur auf den Einzelplan 11, viel wichtiger und erheblicher sind aber die Summen, die in anderen Haushalten für Frauenpolitik zur Verfügung gestellt werden. Das ist

(A) (Speth [SPD])

der ganze Bereich, der sich um Ganztagsangebote und Kindergärten rankt, aber auch der Bereich - und da bin ich sehr froh, daß dies gelungen ist - Hilfen für Frauen in anderen Ländern, ich meine insbesondere jetzt die Hilfen für die bosnischen Frauen.

Ich bedanke mich ausdrücklich sowohl bei den Mitgliedern des Hauptausschusses als auch bei den GRÜNEN und den anderen Fraktionen, daß es gelungen ist, für die Hilfe von bosnischen Frauen einen Betrag von, ich glaube, 1,5 Millionen DM als ersten Schritt festzulegen. Was dort geschieht, meine Damen und Herren, darüber kann man aus unserer Perspektive nur schweigen. Ich bitte ganz dringend, daß sowohl die Staatskanzlei als auch das Frauenministerium sehr schnell zu einer wirksamen Hilfe und zu einer guten Verwendung dieser Mittel kommen. Die Frauen brauchten sie eigentlich schon gestern. Wenn sie sie dann morgen bekommen, ist das ein guter Weg.

Ich denke, daß dieser Anteil und diese Arbeit des Landtags Nordrhein-Westfalen beispielhaft sind. Sie sollten für alle Landtage und auch den Bundestag Beispiel sein.

(Beifall bei der SPD)

(B) In dem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu Frauenhäusern! Ich weiß: Es ist schrecklich, daß wir die Frauenhäuser brauchen. Der Hauptanteil des Sachhaushalts im Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann geht in diesen Bereich. Das ist nach wie vor wichtig, bis vielleicht die Gewalt in der Gesellschaft geringer geworden ist. Ich sehe dafür aber im Moment keine Anzeichen.

Eine Bemerkung zur Frauenministerin im Bund! Frau Merkel hat neulich die Landesregierungen über die Presse aufgefordert, ihren Widerstand gegen ein Bundesgesetz zur Förderung von Frauenhäusern aufzugeben. In dem Zusammenhang hat sie sich übrigens mit den bereits existierenden Frauenhäusern in der Bundesrepublik geschmückt, die allesamt von Ländern und Gemeinden finanziert sind. Meine Damen und Herren, wir brauchen nicht unbedingt ein Bundesfrauenfördergesetz. Wir in Nordrhein-Westfalen brauchen es mit Sicherheit nicht; wir sind allemal weiter und beispielhaft in der Förderung der Frauenhäuser. Aber ich finde es nicht richtig, daß

(C)

man sich mit Federn schmückt, die andere erworben haben. Hier also auch eine sehr kritische Anmerkung an die Bundesfrauenministerin,

(Beifall bei der SPD)

die in anderen Bereichen sicherlich gute Sachen macht.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe und wünsche, daß wir es schaffen, auch weitere strukturelle Maßnahmen im Frauenhaushalt hinzubekommen. Ich weise darauf hin, daß eine gelungen ist, und das sage ich dann noch einmal zu Frau van Dinther: Die Förderung für Frauenberatungsstellen liegt nun mit diesem Haushalt ausschließlich bei der Frauenministerin; die geteilte Förderung für Frauenberatungsstellen ist aufgehoben. Das ist auch Verwaltungsvereinfachung. Ich bin sehr froh darüber. Vielleicht finden wir auch noch andere Punkte, bei denen wir auf diese Art und Weise vereinfachend tätig werden können.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich der Frau Abgeordneten Witteler-Koch das Wort.

(D)

Abgeordnete Witteler-Koch (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte heute anlässlich der Haushaltsberatungen für die F.D.P.-Fraktion ein Plädoyer für Frauenpolitik halten. Wir sind der Ansicht, daß wir uns durch die Debatte um Existenz/Nichtexistenz dieses Frauenministeriums nicht den Spaß an der Frauenpolitik verderben sollten.

Wir meinen, daß Frauenpolitik auf jeden Fall in jedem Bereich sein muß; nur, sie muß qualifiziert organisiert, konzipiert und durchgeführt werden. Hier gibt es einfach zu viele Bereiche, in denen das auch nachweislich, wie vom Landesrechnungshof vorgelegt worden ist, nicht erfolgt ist, meine Damen und Herren!

Wir finden es sehr bedauerlich, wenn dann diese Entwicklung dazu führt, daß Frau van Dinther für die CDU sagen muß: Dieser Landesrechnungshofbericht

(A) (Witteler-Koch [F.D.P.])

etc. hat der Frauenpolitik sehr geschadet. Gott sei Dank hat er das nicht, und Gott sei Dank schadet das Frauenministerium der Frauenpolitik in NRW nicht. Deshalb möchte ich einige Punkte, die uns wichtig sind, ganz kurz zusammenfassen.

Die Bildung von Mädchen und Jungen ist sicherlich heute als gleichrangig zu bezeichnen. Jedes Mädchen hat heute dieselben Chancen wie Jungen; aber es gibt nach wie vor noch ein Defizit in der Gleichbehandlung von Jungen und Mädchen in der Ausbildung, in der Weiterbildung. Hier müssen wir weiter ansetzen.

Das zieht sich dann weiter über die Gleichberechtigung im Beruf und die Benachteiligung von Frauen im Beruf und geht weiter in Richtung Wissenschaft und Forschung; wir kennen diese Bereiche.

Frau Speth, Sie sprachen gerade einen Aspekt an, sich nicht mit fremden Federn zu schmücken. Da hat also eine andere, eine Ministerin auf Bundesebene, ganz gute Gedanken entwickelt und hat Maßnahmen anderer Länder für sich reklamiert. Nur denke ich mir: Wie wollen wir das denn hier im Lande Nordrhein-Westfalen halten? Soll das in Zukunft so weitergehen: Nur weil dann der Frauenausschuß Ideen entwickelt hat, dürfen die anderen Gremien, in denen auch Männer vertreten sind, diese nicht mitvertreten?

(B)

Ich denke, wir sollten doch einmal sehr selbstkritisch auch als Frauen im Frauenausschuß darüber nachdenken, ob das, was wir dort tun, der richtige Weg ist. Wir bewegen uns doch, um es einmal sehr leger zu sagen, seit Jahren im selben Saft.

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Sie tun das!)

Seit Jahren passiert nichts. Seit Jahren sagen sich Frauen, was alles defizitär ist, aber der nächste Schritt, nämlich die Umsetzung mit den Männern, erfolgt nicht.

(Zuruf der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Ja, Frau Rauterkus, Sie meckern immer so schön! Wie setzen wir denn frauenpolitische Maßnahmen hier im Landtag durch? Doch nicht allein als Frauen, sondern mit den Männern! Also, bitte schön: Lassen Sie uns doch die ganze Geschichte einmal umdrehen,

(C)

und lassen Sie uns doch versuchen, die Position der Frauenministerin aus dieser Appendixfunktion zum Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales herauszuholen. Appendix ist doch so etwas völlig Überflüssiges! Arbeit, Gesundheit und Soziales beinhaltet doch schon die ganze Familienpolitik.

Wie ich eben schon einmal gesagt habe: Die Gleichstellung von Mann und Frau macht sich doch, wie wir alle wissen, in so vielen Bereichen immer wieder an dem einen Thema fest: Kinderbetreuung - ob das an der Hochschule ist, ob es im Beruf ist oder wo auch immer. Das ist der Kernpunkt, das Kernproblem der Frauenpolitik, natürlich nicht nur in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren! Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen können, obwohl wir einige frauenpolitische Aktivitäten begrüßen;

(Abgeordnete Garbe [SPD]: Nennen Sie doch einmal welche!)

aber allein schon wegen der Personalpolitik können und wollen wir diesem Haushalt nicht zustimmen. Wir freuen uns allerdings auf die Debatte im Ausschuß über den Bericht des Landesrechnungshofs.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Hürten das Wort.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Witteler-Koch, zuerst lag mir ja auf der Zunge, daß Sie mich doch immer wieder durch neue Ideen überraschen; aber nun muß ich leider sagen: Dem Haken, den Sie geschlagen haben, konnte ich dann doch nicht mehr folgen.

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]: Es war schon ein bißchen spät, nicht wahr?)

- Es kann sein, daß es an mir liegt, weil es ein bißchen spät ist, ja; ich weiß es nicht.

(A) (Hürten [GRÜNE])

Wir diskutieren jetzt den Frauenhaushalt, den Haushalt des Gleichstellungsministeriums; aber eigentlich müßte ja Frauenpolitik in jedem Ressort dieser Regierung stattfinden. Wenn beispielsweise in der Wirtschaftspolitik oder in der Verkehrspolitik nicht sichtbar wird, wie Frauen von dieser Politik profitieren, dann ist das auch eine politische Aussage. Diese politische Nichtaussage zieht sich durch den gesamten Landeshaushalt 1993.

Die SPD hat Frauenpolitik wieder einmal fast ausschließlich auf den kleinsten Ministerialetat beschränkt. Frauenpolitik bedeutet für die Mehrheitsfraktion die Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen, ein wenig frauenpolitische Begleitforschung, die ich hier nicht herunterspielen will - ich finde sie auch wichtig -, sowie Öffentlichkeitsarbeit und Bewußtseinsschulung.

Ich finde das zu wenig und kann Frau van Dinther nur zustimmen; sie hat mir aus der Seele gesprochen. Ich hatte auch gehofft, die Weichen für die Zukunft würden mit der Neubesetzung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales anders gestellt.

(B) Es hätte doch wirklich da die Gelegenheit gegeben, ein Zeichen zu setzen und es hätte auch wirklich nicht viel gekostet, den Lippenbekenntnissen der Mitglieder der Landesregierung wenigstens einige Taten folgen zu lassen. Beispielsweise "im Bereich Arbeitsmarktförderung muß der Frauenerwerbslosigkeit ein besonderes Augenmerk gewidmet werden", heißt es immer wieder in Äußerungen der Landesregierung. Was hätte da näher gelegen, als der Gleichstellungsministerin diesen Bereich zu übertragen?

Im Bereich der Familien- und Kinderhilfe sind viele vordringliche Aufgaben frauenpolitischer Art - Frau Speth hat es eben noch einmal groß herausgestellt. Ich würde die Förderung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen noch dazuzählen; auch diese hätten meiner Meinung nach ins Frauenministerium gehört.

Teile der Gesundheitspolitik würden aus meiner Sicht ebenfalls zu den gleichstellungspolitischen Aufgaben gehören. Ich denke da vor allen Dingen an die Aufsicht über die Einrichtungen der Fortpflanzungsmedizin.

(C)

Aber es ist leider alles beim alten geblieben; die Chance ist vertan worden.

(Abgeordnete Witteler-Koch [F.D.P.]): Wieder einmal!

Ich sehe es allerdings so, daß es unsinnig ist, als Frauenpolitikerin ausschließlich über den Einzelplan 11 zu sprechen.

Die GRÜNEN haben 42 Änderungsanträge mit frauenpolitischen Bezügen zum Haushaltsplan 1993 gestellt. Sie betreffen insgesamt acht Einzelpläne. Ich will aber hier nur einzelne ansprechen und mit dem auch schon von Frau Speth angesprochenen Thema beginnen, mit dem Erfolg in den diesjährigen Haushaltsberatungen: Hilfseinrichtungen für vergewaltigte Frauen im ehemaligen Jugoslawien werden aus Landesmitteln gefördert werden. Die GRÜNEN waren es, die diese Forderung in die Ausschußberatungen eingebracht haben, eine Forderung, die aus dem dringenden Wunsch entstand, das furchtbare Leid der geschändeten Frauen und Mädchen vor allem in Kroatien und Bosnien-Herzegowina lindern zu helfen.

Ich freue mich, daß alle Fraktionen und die Landesregierung diesen Wunsch unterstützt haben, und ich wünsche mir, daß die noch laufenden Gespräche über die Umsetzung dieser Hilfsmaßnahmen dazu führen, daß die Frauen, die in Bosnien-Herzegowina schon monatelang an diesem Thema arbeiten, auch mit der Organisation und der Durchführung dieser Hilfsmaßnahmen betraut werden.

(D)

Ein weiterer Antrag der GRÜNEN bemüht sich um Opfer von Männergewalt. Wir wollten ein Frauenflüchtlingshaus mit Landesmitteln gefördert sehen. Es gibt bis jetzt zwei solche Häuser in Berlin und in Freiburg. Auch in Nordrhein-Westfalen wird ein Frauenflüchtlingshaus dringend benötigt. Das haben uns viele Gespräche mit Organisationen wie Amnesty International, Terres des Femmes, Caritas und Arbeiterwohlfahrt verdeutlicht.

Weibliche Flüchtlinge sind nämlich noch längst nicht in Sicherheit, wenn sie hier in Deutschland angekommen sind. Besonders allein flüchtende junge Frauen sind Freiwild in den Heimen. Weibliche Asylsuchende werden sexuell drangsaliert, mit Gewalt bedroht oder

(A) (Hürten [GRÜNE])

zur Prostitution erpreßt. Ihre unsichere rechtliche Lage als Asylsuchende macht es ihnen schwer, sich gegen Männergewalt zu wehren. In Deutschland gibt es außer den beiden genannten Häusern keine Einrichtungen, die ihnen Schutz gewähren, die ihre elementarsten Menschenrechte garantieren können.

Auch die Haushaltsanträge der GRÜNEN zum Einzelplan 11 verlangen mehr Hilfe für Opfer von Männergewalt. Wir wollen, daß endlich für jede Frau ein Frauenhaus erreichbar ist. Von einer flächendeckenden Versorgung in Nordrhein-Westfalen sind wir allerdings noch einiges entfernt. Der Ausbau des Frauenhausnetzes geht uns nicht zügig genug voran. Er geht auch nicht so zügig voran, wie von der Landesregierung versprochen worden ist.

Ich habe dem Antrag der SPD-Fraktion, ein weiteres Frauenhaus zu fördern, zugestimmt, nachdem unser Antrag abgelehnt wurde. Allerdings sehe ich es so: Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein; denn die Wohnungsnot verlängert - das wissen auch Sie - die Verweildauer. Viele Frauenhäuser sind auf die Dauer bis unters Dach ausgebucht.

(B) Wir haben auch in diesem Jahr wieder eine erhebliche Aufstockung der Mittel zur Beratung und Unterstützung sexuell mißbrauchter Mädchen beantragt. Angesichts des riesigen Ausmaßes sexueller Gewalt gegen Mädchen ist das mittlerweile in Bielefeld eröffnete Mädchenhaus wie ein kleines Pflaster. Auch die beiden weiter geplanten Frauenhäuser machen die dringend notwendige Hilfe, die dann noch erforderlich ist, nicht richtig. Es reicht nicht, es ist viel zu wenig.

Aufklärungskampagnen und Medienberichte sind das eine, die Bereitstellung von Hilfsangeboten für die Betroffenen wäre das andere dringend Notwendige. Aufklärungskampagnen ohne Hilfsangebote sind aus meiner Sicht unlauter. Das gilt nicht nur für Nordrhein-Westfalen, das gilt auch für die Aktivitäten von Frau Merkel in Bonn.

Angesichts der ABM-Kürzungen werden wir nächstes Jahr erleben müssen, daß viele Beratungsstellen ihr Angebot einschränken. Die Wartelisten werden noch länger werden. Das betrifft nicht nur die Beratungsstellen gegen sexuellen Mißbrauch, das betrifft auch die Frauenberatungsstellen. Wir wollten auch diesen

(C)

Haushaltstitel deutlich aufstocken, um den Antragsstau für Frauenberatungsstellen abbauen zu können und um die vielerorts mittlerweile zwangsläufig erfolgte Reduzierung des Angebots rückgängig machen zu können.

Es wird Sie nicht überraschen: All diese Anträge sind abgelehnt worden. Das Geld ist angeblich nicht da.

Ein anderer frauenpolitisch äußerst bedeutsamer Antrag hätte überhaupt kein Geld gekostet. Wir haben beantragt, die Mittel aller arbeitsmarktwirksamen, unternehmensfördernden und die wirtschaftliche Infrastruktur betreffenden verbessernden Förderprogramme so zu verausgaben, daß sie mindestens im gleichen Maß Frauen zugute kommen. Abgelehnt!

Nach unseren Diskussionen um die Anträge "Frau und Beruf" ist mir diese Ablehnung auch durch die Frauen der SPD-Fraktion ausgesprochen unverständlich. Ich halte es nach wie vor nicht nur für wünschenswert, sondern für dringend erforderlich, daß Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungsmittel auch unter gleichstellungspolitischen Aspekten verausgabt werden. Ich wünsche mir dringend, daß gerade in diesem Punkt mit der Querschnittspolitik des Gleichstellungsministerium ernst gemacht wird und Frau Ridder-Melchers wenigstens ein Mitzeichnungsrecht bekommt. Ich kann nur mit Bedauern feststellen: Es ist nicht gewollt. Der Wirtschaftsminister soll weiter Förderungspolitik nach Gutsherrenart machen. Ich halte das für politisch falsch.

(D)

Zum Schluß kann ich den Ministerpräsidenten nur bitten, das Frauenministerium zu stärken, seine Kompetenzen auszubauen, damit es den Angriffen aus dem Landesrechnungshof und von anderen Ewiggestrigen besser standhalten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. - Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin Ridder-Melchers das Wort.

Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann Ridder-Melchers: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

zum Haushalt der Frauenministerin waren in diesem Jahr überlappt von den Berichten des Landesrechnungshofs; es gibt ja zwei. Die Anträge, die CDU und F.D.P. in diesem Jahr zum Haushalt gestellt haben, geben auch ein Beispiel dafür. Sie zeigen mehr, daß von der Sache abgelenkt werden soll, als daß hier etwas zur Sache "Frauenpolitik" gesagt wird.

Ich habe mir die Anträge noch einmal genauestens angeschaut, sowohl die von Ihnen, Frau van Dinther, von der CDU, wie auch die von der F.D.P.

Bei der F.D.P. weiß ich ja, daß es dort eigentlich keine Überraschung mehr geben kann. Alle Stellen sollen gestrichen werden; das ist nichts Neues. Allerdings, Frau Witteler-Koch, vielleicht wäre bei solchen Dingen auch einmal Sorgfalt an der Tagesordnung. Sie haben nämlich etwas vergessen. - Frau Witteler-Koch, vielleicht hören Sie einmal zu: Wenn Sie schon das ganze Ministerium, die ganzen Personalstellen streichen wollen, dann, so denke ich, wäre es konsequent gewesen, die Stelle der Fahrerin und mindestens das Gehalt der Ministerin zu streichen. Dann seien Sie sorgfältig und machen es richtig! Und nicht einmal so mit der lockeren Feder, also auch bei diesem Punkt Sorgfalt.

(B) Aber ich glaube, Sie haben hier ganz deutlich und auch bei der Abstimmung im Frauenausschuß gesagt, um was es Ihnen eigentlich geht. Sie haben früher einmal gesagt, Sie wollten das, was Sie für Personal nicht ausgeben, für die Frauen ausgeben. Im Frauenausschuß haben Sie ja deutlich gemacht, daß Sie nicht einmal bereit sind, zum Beispiel das Verlangen nach Mitteln für ein weiteres Frauenhaus zu unterstützen. Traurig, traurig! sage ich da nur.

Sie haben hier auch deutlich gesagt, worauf Sie sich ganz besonders freuten, nämlich auf die Debatte über den Bericht des Landesrechnungshofs. Ich nehme Ihnen das ab. Genau das ist es. Frauenpolitik interessiert Sie nämlich gar nicht.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

(C)

Besonders gefreut habe ich mich darüber, daß im Zuge der Beratungen auf Initiative der SPD-Fraktion und mit Unterstützung der anderen Parteien insgesamt vier Positionen verstärkt worden sind: der Bereich Frauenhäuser/Frauenberatungsstellen, die Mittel für Maßnahmen "Gewalt gegen Frauen" und "Gewalt gegen Kinder" und damit die Arbeit vor Ort insgesamt. Ich glaube, wir können mit diesen Mitteln deutlich machen, daß wir im Hinblick auf die Infrastruktur und auf Zufluchtstätten für Frauen in diesem Lande - Schutz vor Gewalt - vorbildlich handeln. Aber, Frau Hürten - das will ich gerne sagen -, in diesen Bereichen werden wir in den nächsten Jahren sicherlich noch weitere Mittel dringend notwendig haben.

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Die Verstärkung der Mittel für das Wiedereingliederungsprogramm kann ich nur unterstützen. Wir benötigen dieses eigenständige Wiedereingliederungsprogramm. Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel können wir durch andere Mittel des Arbeitsministeriums - zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - verstärken. Wir werden im kommenden Jahr nicht nur ein Modellprogramm machen, sondern daraus dann ein Regelprogramm zur Wiedereingliederung von Frauen entwickeln.

(D)

Dies sind die ganz konkreten Hilfen für die "Wiedereinstiegsfrauen".

Jetzt frage ich einmal die Kolleginnen von der CDU. Sie haben ja im vergangenen Jahr einen ganz mutigen Antrag hier gestellt, nämlich das Arbeitsförderungsgesetz zu verbessern. Wir haben alle diese Anträge in den Bundesrat eingebracht. Nur, Frau van Dinther, die Antwort aus Bonn - sie ist gerade jetzt parallel gekommen - heißt, daß die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Frauen um 7 Milliarden DM gekürzt werden. Wenn man einmal wirklich Ernst macht mit den Anträgen, die Sie eingebracht haben und die wir für gut halten, ist die Antwort leider: Kürzungen für Frauen. Man bringt nichts Konkretes und Positives für Frauen auf den Weg.

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

Das ist in der Sache wirklich traurig. Durch die Kürzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind die Frauen als einzelne und Frauenprojekte betroffen. Das wird im nächsten Jahr sicher noch ganz, ganz bitter sein.

Wir werden im kommenden Jahr eine Sache neu einrichten können, die gerade für die Frauen im ländlichen Raum besonders wichtig ist, nämlich den Infobus als mobile Beratungsstelle. Wir bereiten dieses Projekt gerade in enger Kooperation mit dem Landesarbeitsamt, mit den Frauen aus der Landwirtschaft, mit den kommunalen Gleichstellungsstellen vor. Ich denke, das ist ein guter Schritt nach vorn, um den Frauen im ländlichen Raum konkrete Angebote zu machen.

Insgesamt ist dieser Haushalt für die Frauen im Lande wieder ein Schritt nach vorn. Nicht nur das, was in unserem Haushalt enthalten ist, sondern auch das, was in der Beilage steht und was weit darüber hinaus in den Haushalten der anderen Ministerien für die Frauen stattfindet - das alles ist in der Summe die "Gemeinschaftsaufgabe Frauenpolitik" dieser Landesregierung. Das läßt sich nicht nur auf das beschränken, was im Haushalt der Frauenministerin enthalten ist.

(B) (Beifall bei der SPD)

Ich sage hier noch eines. Ich habe im vergangenen Jahr im Frauenausschuß deutlich gemacht, daß die Frauenpolitik in diesem Lande zwei Akzente hat: auf der einen Seite aktive Frauenpolitik, Frauenförderungs politik, Frauen stärken. Der andere Akzent heißt: Männer verändern! Das wird weiterhin die Politik des Landes sein. Wir haben die Zielgruppe Männer genauso im Visier wie die Frauenförderung.

(Beifall bei der SPD)

Frau van Dinther, Sie haben hier einmal mehr beteuert, daß Sie die Politik für Frauen besonders unterstützen. Sie wollen Frauenpolitik befördern. Die von Ihnen zum Haushalt gestellten Anträge sind da allerdings sehr verwunderlich. Wenn Sie Ihr besonderes Engagement dadurch zum Ausdruck bringen, daß Sie die Ansätze für Öffentlichkeitsmaßnahmen - Dokumentation und Informationsmaterial -, Untersuchungsvorhaben und innovative Projekte zur Gleichstellungs-

(C)

politik kürzen wollen, dann kann ich Sie nur fragen: Wollen Sie beispielsweise nicht, daß im Rahmen von Schule Partnerschaftsunterricht organisiert wird, daß soziale Kompetenzen von Jungen und Mädchen verstärkt werden? Wollen Sie unseren Personalpool nicht, den wir in Klein- und Mittelbetrieben bilden? Wollen Sie nicht, daß wir überprüfen, wie wir Männergewalt in dieser Gesellschaft verändern können? - Wenn Sie das alles nicht wollen, und das ist die Konsequenz aus Ihren Anträgen, dann müßten wir dieses alles streichen. Das wäre mehr als bedauerlich.

Zu den Anträgen zum Personalhaushalt. Frau van Dinther, Sie übernehmen kritiklos alles, was der Rechnungshof dazu geschrieben hat, und warten nicht ab, wie die Beratung im Rechnungsprüfungsausschuß laufen wird und wie auch die konkrete Antwort aus meinem Hause aussehen wird.

Sie gehen mit Ihren Anträgen weit über das hinaus, was der Rechnungshof gefordert hat. Sie wollen 14 Stellen streichen. Ich frage mich, Frau van Dinther: Heißt das, daß Ihre Fraktion die Beratungen in der Sache beenden will, weil Sie Ihre Schlüsse aus dem Bericht des Landesrechnungshofs für sich schon gezogen haben? Ich kann daraus nur schließen, daß Sie damit die weitere Sachberatung nicht mehr wünschen. Ich muß sagen, ich hätte in der Sache überhaupt nichts dagegen; dann hätten meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich viel mehr Zeit für die Frauenpolitik.

(D)

(Zustimmung der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

Abschließend noch eine kurze Bemerkung zu Ihnen, Frau Hürten: Ich habe insgesamt 50 Anträge von Ihrer Fraktion gezählt. Ich kann nicht sagen, daß mir alle Anträge unsympathisch wären. Aber angesichts der Gesamtfinanzsituation werden wir auch in der Frauenpolitik immer nur konkrete Schritte nach vorne gehen können und immer auch die Gesamtzusammenhänge in der Finanzpolitik beachten müssen.

Ich denke, die Schritte, die wir gegangen sind und auch weiter gehen werden, lassen sich durchaus sehen. Da sind Ihre globalen Anträge nun einmal nicht immer hilfreich. Das gilt auch für Ihren Antrag auf globale Steuerung der Mittel der Arbeitsmarktpolitik

(A) (Ministerin Ridder-Melchers)

und der Wirtschaftsförderungspolitik, den Sie hier noch einmal dargestellt haben. Diese globalen Steuerungsinstrumente - es ist ein Antrag, den Sie schon einmal gestellt haben - machen so keinen Sinn. Globale Steuerung im Haushalt ist so nicht sinnvoll.

Ich will hier noch einmal betonen: Nach wie vor gilt das, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung dazu gesagt hat, daß nämlich alle Arbeitsmarkt-, Struktur- und Wirtschaftsförderungsprogramme verstärkt für Frauen genutzt werden. Wir sind zur Zeit dabei, im Auftrag des Landtages das Aktionsprogramm "Frau und Beruf" auf den Weg zu bringen. Dort werden wir als Landesregierung die Antwort geben, wie wir uns das vorstellen, was wir zum Beispiel in den einzelnen Programmen gezielt tun wollen, wo und wie wir Akzente setzen, wo es Sinn macht, ganz hart zu quotieren, und wo man andere, verbindliche Regelungen finden muß. Aber das geht nicht über Globalsteuerung; da müssen wir schon etwas konkreter hinschauen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

(B) Zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich noch einen Punkt anschneiden, der nicht direkt zum Haushalt gehört, aber der mir doch Sorge macht: die Anhörung zur Neuregelung des § 218, die gestern und heute in Karlsruhe stattfindet.

Was in Karlsruhe verhandelt wird, macht mir schon Sorge, da nämlich die Gefahr besteht, daß eine Neuregelung zur Schwangerschaftskonfliktberatung gekippt wird, die mit breiter Mehrheit - über die Parteigrenzen hinweg - im Bundestag beschlossen worden ist und von der Bevölkerung mit großer Mehrheit getragen wird. Es macht mir Sorge, daß wir möglicherweise nicht nur die alte Regelung behalten, sondern daß es zu einer Verschlechterung kommt, daß eventuell sogar die obersten Richter auf die Idee kommen, die Krankenkassenfinanzierung zu kappen. Ich muß sagen: Es wäre das Schlimmste, wenn wir ein Schwangerschaftsabbruchrecht erster und zweiter Klasse bekämen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich wäre froh, wenn auch aus dem Landtag heute ein Signal käme, daß wir sagen: Das wollen wir auf

(C) keinen Fall, das wäre eine Schande für unseren demokratischen Sozialstaat.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe heute allen Rednerinnen und Rednern sehr aufmerksam zugehört. Es wurde häufig betont, wie wichtig es sei, daß wir in der Frauenpolitik vorankommen, daß wir zu mehr Gemeinsamkeiten gelangen. Ich kann das nur unterstreichen, und ich wäre froh - das sage ich von mir aus zur rechten Seite hin -, wenn einige häufiger den Mut hätten, über ihren parteipolitischen Schatten zu springen und einen Schritt in Richtung Gemeinsamkeit zu machen.

Ich nenne für eine solche Gemeinsamkeit auch ein gutes Beispiel: Vor einer Woche fand in Stuttgart die Frauenministerinnenkonferenz statt. Dort haben die Frauenministerinnen aller Länder, ob CDU oder SPD - auch F.D.P., die sitzt teilweise ja mit im Boot -, eine gemeinsame Entschließung an die Verfassungskommission gefaßt, Artikel 3 und Artikel 6 für Frauen zu verbessern, damit die Verfassungsänderung nicht an den Frauen vorbeigeht. Das war ein einmütiges Votum aller Frauenministerinnen über die Parteigrenzen hinweg.

(D) Ich denke, eine solche Botschaft sollte auch von unserem Landtag ausgehen, denn diese wichtige Verfassungsdiskussion darf nicht an uns Frauen vorbeigehen. Wir sollten den Mut haben, dies gemeinsam zu tun.

Ich würde mich in der Tat freuen, wenn es in Sachen Frauenpolitik hier mehr Gemeinsamkeit und breitere Unterstützung gäbe. Ich darf mich recht herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Nach dem Redebeitrag der Frau Ministerin stelle ich fest, daß keine weiteren Wortmeldungen zu Einzelplan 11 mehr vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung über die **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4711** in zweiter Lesung. Wer der Beschlußempfehlung seine Zustimmung

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Einzelplan gemäß der Beschlußempfehlung in zweiter Lesung angenommen.

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Einzelplan 01: Landtag.

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4701 und den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4771 und erteile Herrn Kollegen Tschoeltsch für die F.D.P.-Fraktion das Wort.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum ersten Mal in der Geschichte der Haushaltsberatungen hat die Fraktion der F.D.P. zur zweiten Lesung einen Antrag zum Einzelplan 01 - Landtag - eingebracht.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das hätten Sie besser gelassen!)

(B) Wir fordern nicht nur einen Einstellungsstopp für die Landtagsverwaltung, sondern auch eine Organisationsüberprüfung. Wir fordern Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, auf, alle für 1993 neu ausgewiesenen Stellen für die Landtagsverwaltung zu streichen.

Die Landesregierung, insbesondere der Finanzminister, bemühen sich, die ausufernde Bürokratie in der Landesverwaltung einzudämmen und mit einem eisenen Sparkonzept Stellen zu streichen. Neue Stellen werden nur im äußersten Notfall bewilligt. Ausgerechnet der Haushaltsgesetzgeber will dieses Prinzip für den eigenen Haushalt nicht anerkennen. Das darf doch wohl nicht wahr sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist nach Ansicht der F.D.P. ein völlig falsches Signal in der öffentlichen Debatte um Stellenabbau in allen Bürokratien.

(C)

Es ist schon einmalig in der Geschichte der Haushaltsberatungen, daß erst durch eine sogenannte Alternativvorlage der Landtagspräsidentin auf einen Schlag acht Stellen mehr ausgewiesen werden sollten, obwohl der Finanzminister expressis verbis keine Stellenausweitung im Einzelplan des Landtags akzeptieren wollte.

Verfolgt man die Stellenentwicklung der Landtagsverwaltung - 1980 220 Stellen, 1985 228 Stellen, 1990 309 Stellen, geplant für 1993 333 Stellen -, dann zeigt sich, daß das Parkinson-Syndrom hier Urstände feiert. Der Alternativvorschlag der Landtagspräsidentin ist mit Abstand absoluter Rekord in den alten Bundesländern. Bayern hat 226 Stellen; im Schnitt sind es nur 144 Stellen.

Mir kann niemand erzählen, daß diese immense Stellenausweitung lediglich mit dem Neubau des Landtags zusammenhängt. Es ist das unkontrollierte Wuchern einer Verwaltung, die sich den Kriterien von Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Zielgerichtetheit bei der Aufgabenwahrnehmung bisher nicht unterzogen hat. Alle Fraktionen des Landtags haben bisher - dazu hat auch die F.D.P. ihren Teil beigetragen - stillschweigend, weil es ja den eigenen Laden betraf, die Vorschläge der Verwaltung zur Stellenausweitung jedes Jahr aufs neue akzeptiert. Doch jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Es darf keinen Naturschutzpark für die Landtagsverwaltung geben.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Im Gegenteil: Der Landtag muß mit gutem Beispiel vorangehen, wenn wir von anderen Verwaltungen erwarten, daß sie sich einer kritischen harten Aufgabenprüfung unterziehen. Ich halte es für unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit zu überprüfen, ob der Landtag nicht mit weniger Personal seine Aufgaben viel wirksamer erledigen kann. Deswegen schlagen wir in unserem Antrag vor, die Unternehmensgruppe Kienbaum, die sich in der Vergangenheit durch qualifizierte Organisationsüberprüfungen ausgewiesen hat, mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Wir haben auch den Eindruck, daß die Aufgabenwahrnehmung nicht immer unter dem Gesichtspunkt der absoluten Neutralität erfolgt. Wir, die drei Oppositionsfraktionen, haben zum Beispiel die Präsidentin